

Der Kampf gegen die Fortschrittspartei.

Das Bemühen der »Provinzial-Correspondenz«, die königstreuen Versicherungen der Fortschrittspartei auf ihren praktischen Werth zu prüfen, finden naturgemäß in dem Lager dieser Partei selbst und besonders bei denjenigen, welche im Sinne der »großen liberalen Partei« das Zusammengehen mit derselben bei den Wahlen empfehlen, heftigen Widerspruch. Wir werden uns hierdurch in der Erfüllung unserer Pflicht, die Bevölkerung über die wirkliche, thatsächliche Stellung der Parteien zur Regierung des Kaisers aufzuklären, nicht irre machen lassen: je lauter man vielmehr das Bündniß mit der Fortschrittspartei verkündet und je fester die Ueberzeugung ist, daß diese Bewegung nur den entschlossensten, thatkräftigsten Männern dieser Partei zu Statten kommen kann, um sie aus einer kleinen, ohnmächtigen wieder (wie einst in der Konfliktzeit) zu einer großen, einflussreichen Partei zu machen, desto entschiedener ist das Volk über diese ihm drohende Gefahr in jeder Beziehung und ohne Unterlaß zu belehren. Je mehr die Fortschrittspartei durch augenblickliche, anscheinende Mäßigung die Bürger und Bauern an sich heranzuziehen bemüht ist, desto dringender erscheint es, ihr Wesen und Treiben aus der Zeit, wo sie zur Herrschaft gelangt war, zu schildern.

Es ist nicht wahr, daß von dieser Stelle dabei die geheiligte Person des Königs in die Erörterung gezogen worden sei; sondern nachdem die »Treue gegen den König« unter Berufung auf ihr Programm von der Fortschrittspartei zu ihrer Empfehlung mißbräuchlich immer wieder betont worden ist, mußte einmal beleuchtet werden, wie sie diese von ihr gerühmte Treue mit der That bewährt und gehalten hat.

Daß ihr früheres Verhalten durch die von der Regierung erbetene Indemnität gesühnt und gedeckt sei, wäre nur dann wahr, wenn sie die Indemnität erteilt oder jemals anerkannt hätte; die Fortschrittspartei rechnet es sich noch heute zum Ruhme an, daß sie selbst im Jahre 1866 Indemnität, Kriegskosten, Dotation für Bismarck u. s. w. verweigert habe. Es wäre geradezu widersinnig, wenn man die Folgen der Indemnität für eine Partei gelten lassen wollte, die dieselbe nicht anerkennt. Gerade hierin zeigt sich, wie grundverschieden die Elemente sind, aus denen man die »große liberale Partei« zusammenschweißen will.

Viele auch freisinnige Bürger und Bauern, die dem Könige die Treue nicht bloß bekennen, sondern auch halten wollen, lassen sich durch die berechneten zahmen Versicherungen der Fortschrittspartei und ihrer Helfershelfer betören; ihnen gilt es, durch Rückblicke auf das Verhalten dieser Partei die Augen zu öffnen, daß sie erkennen, wohin man sie führen will.

So lange die liberalen Parteien sich nicht von der Gemeinschaft mit der Fortschrittspartei lossagen, ihr vielmehr den Vortritt und die Führung in der öffentlichen Bewegung überlassen, wird aller Kampf vorzugsweise gegen diese thatkräftigsten Wortführer der »großen liberalen Partei« zu richten sein.

Der Respekt vor dem kirchlichen Glauben.*)

Um zu zeigen, daß die Fortschrittspartei es mit der Religion ernst nehme, berufen sich ihre Flugblätter auf den Satz ihres Programms: »Die Gleichberechtigung aller Religionsgenossenschaften muß mit Nachdruck gewahrt werden.«

Das beweist nun freilich gar nichts oder es beweist nur, daß die Partei sich in Religionsfragen unparteiisch verhalten

*) Der religiöse und kirchliche Glaube des Einzelnen geht die Politik Nichts an. Es mögen sich wohl zu jeder der Parteien Männer halten, die es ernst mit ihrem Glauben nehmen. Man hat kein Recht, dies in Abrede zu stellen. Wenn aber eine Partei als solche auch ihre Stellung zur Religion öffentlich betont, so ist es notwendig, ihre Parteigrundsätze und besonders ihr bisheriges Verhalten auch in dieser Beziehung zu prüfen.

und sich bloß auf den Rechtsstandpunkt, nämlich auf den der Gleichberechtigung stellen will. Man sieht daraus, daß der Fortschrittspartei in religiöser Beziehung die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften die Hauptsache ist, nicht aber die Verhältnisse der bestehenden Religionsgesellschaften, besonders der evangelischen und der römisch-katholischen Kirche, welche doch die Verfassungsurkunde besonders erwähnt.

Es wäre z. B. viel bedeutungsvoller, wenn die Fortschrittspartei sagen könnte, daß ihr an dem Verfassungsartikel viel gelegen wäre, wo es heißt, die christliche Religion werde bei den Einrichtungen des Staats, welche mit der Religionsübung im Zusammenhange stehen, zu Grunde gelegt (Art. 14 der preuß. Verfassung). Auch würde es schon für die ernste Gesinnung der Partei zeugen, wenn sie für den Satz in der Verfassung, daß »bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen seien«, ein lebhaftes Interesse bezeugte, was freilich mit gewissen Thatsachen im Widerspruch stände.

Die Berufung auf jene Gleichberechtigung beweist daher nur, wie schwer es war, etwas herauszufinden, was beweisen sollte, daß das Programm der Fortschrittspartei sich auch auf Religion beziehe. Das Wort Religion kommt allerdings darin vor, aber etwa im entgegengesetzten Sinne, als ein ehrbarer Bürger oder Bauer von Religion spricht.

Die Partei steht jedenfalls auf Grundlagen, welche eine rechte, zumal kirchliche Frömmigkeit schwer aufkommen lassen, und wenn man nichts Anderes für ihre Religiosität anzuführen weiß, als daß sie die Gleichberechtigung aller Religionsgenossenschaften wahren wolle, so muß ein Mitglied oder Anhänger der Partei freilich für Freigemeindler aller Sorten, für Christkatholiken u. s. w., ja selbst für Muhamedaner ebenso eifrig eintreten, wie für seine eigene Kirche.

Doch eine Partei ist nicht nach einer einzelnen vielleicht unbesonnenen Aeußerung eines Flugblattes, sondern, zumal wenn sie schon lange besteht, nach ihrem ganzen Verhalten zu beurtheilen. Allerdings zeigt die ganze Geschichte der Fortschrittspartei, daß sie ein eigentlich kirchliches Interesse keineswegs hat, sondern daß ihr die freien Genossenschaften wirklich viel mehr als die Kirche am Herzen liegen, wie sie denn auch in einer bekannten Erklärung »eine allgemeine Gesetzgebung über die Religionsgesellschaften ohne Rücksicht auf einzelne Konfessionen und ohne Bevorzugung bestimmter Kirchen« verlangte.

Bei allen Gelegenheiten hat in der That die Fortschrittspartei die bestehenden Kirchen zu schwächen, den Glauben und die Bekenntnisse größerer Gemeinschaften zu erschüttern, dagegen nur die religiösen Meinungen des Einzelnen, höchstens der Gemeinde, zu schützen gesucht. Sie bekämpfte deshalb eine der wichtigsten Thaten unseres Königs, den Ausbau der evangelischen Kirchenverfassung auf ihren geschichtlichen Grundlagen bis zum letzten Augenblick, und die Regierung mußte den schließlichen Erfolg in der Sache ihrem Einflusse geradezu abringen. Ein Mann, den man schwerlich zu den Finsterlingen rechnen wird, der frühere Minister Falk, hat es selbst bezeugt, in welchem Geiste die Fortschrittspartei dem Werk der Kirchenverfassung widerstrebte. Die neue kirchliche Organisation sollte nach dem Sinn unseres Königs und seiner Regierung ein Quell wirklich evangelisch-kirchlichen Lebens, ein Quell wahrhafter Erfrischung und kräftiger Erneuerung des Wesens und Wirkens der evangelischen Kirche in Preußen sein. Hier galt es für Alle, denen das Gedeihen der evangelischen Kirche am Herzen liegt, lebendig und freudig mit Hand anzulegen und nach unseres Königs Ausdruck »Geist und Kraft zu erweisen«. Die eigentlichen Fragen des Bekenntnisses waren noch ausgeschlossen, die Fortschrittspartei aber und ihre Organe nahmen schon Anstoß an den Bestimmungen der Synodalordnung, wonach die zu wählenden Kirchenältesten und die Mitglieder der Synode geloben sollten,

ihre Obliegenheiten »dem Worte Gottes und den Ordnungen der evangelischen Landeskirche gemäß erfüllen und danach trachten zu wollen, daß die Kirche in allen Stücken wachse an dem, der das Haupt ist, Christus«. Der Minister Falk sagte damals einem der fortschrittlichen Führer, er müsse den Standpunkt, auf dem jener und seine Freunde stehen, grundsätzlich bekämpfen; ein Vorgehen auf ihrem Wege könne nur dahin führen, daß sich das religiöse Bewußtsein der einzelnen Gemeinden verflüchtige. Wollte man dem deutschen Volke sein Bekenntniß erhalten, dann müsse es eben bei gemeinsamen Einrichtungen, bei der Kirche verbleiben. Uebrigens denke auch die große Mehrheit der Evangelischen ebenso, und die Fortschrittspartei stütze sich ganz allein auf die Stadt Berlin und da auf die Bezirksvereine; in Berlin selbst sei schon ein Umschwung eingetreten und die Bezirksvereine, in denen alle Konfessionen vertreten seien, hätten gewiß nicht den Beruf, das kirchliche Bewußtsein der Bevölkerung zu vertreten; man solle überhaupt an die Weise denken, wie kirchliche Dinge in weiten Kreisen Berlins behandelt werden.

So der Minister Falk über die Stellung der Fortschrittspartei zur evangelischen Kirche.

Doch in Bezug auf die katholische Kirche rühmt sich die Fortschrittspartei, der Regierung geholfen zu haben, nämlich im geistlichen Kampf, im sogenannten »Kulturkampf«; einer ihrer Führer hat sogar diesen Namen erfunden. Freilich hat sie von vornherein ganz etwas Anderes unter dem »Kulturkampf« verstanden und erstrebt, als die Regierung. Letztere wollte nur den Staat gegen Uebergriffe der Kirche sichern und hielt, selbst in der Hitze des Kampfes, das Ziel eines ernsten, dauerhaften Friedens immerdar fest im Auge. In derselben Rede, in welcher Fürst Bismarck das berühmte Wort sprach: »nach Canossa gehn wir nicht«, fügte er unmittelbar hinzu: »Aber die Regierung sucht emsig nach den Mitteln, um in einer möglichst friedlichen Weise in einen annehmlicheren Zustand zu gelangen«. Die Fortschrittspartei dagegen wollte den Kampf gegen die Kirche als solche, sie erstrebte die absolute Trennung des Staats von der Kirche, die Trennung der Schule von der Kirche, kurz es war ein Kampf des Unglaubens gegen den Glauben.

Von einer ernsten kirchlichen Stellung und Auffassung ist bei der Fortschrittspartei überhaupt nicht die Rede, und die sich mit ihr aus politischen Gründen verbinden wollen, mögen sich nur das nicht verhehlen, daß sie damit eine Partei stärken, deren Wege nothwendig dahin führen, den christlichen Glauben im deutschen Volke zu untergraben.

Mordversuch auf den Präsidenten der vereinigten Staaten Nordamerikas.

In Washington wurden am 2. Juli, Morgens 9 Uhr, auf den Präsidenten der nordamerikanischen Republik von mörderischer Hand zwei Revolvergeschosse abgefeuert. Präsident Garfield ist erheblich verwundet; man fürchtete für sein Leben, doch drücken die neuesten Nachrichten die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, ihn am Leben zu erhalten. Der Verbrecher, Namens Guiteau, aus Illinois, ist ergriffen. Die nordamerikanischen Blätter glauben die Zurechnungsfähigkeit desselben in Abrede stellen oder wenigstens die That auf persönliche Rache zurückführen zu können. Doch erscheint die Vermuthung nicht unbegründet, daß der Präsident ein Opfer seines rechtschaffenen Sinnes war, welchen er dadurch bethätigte, daß er die Unehrlichkeit und Gewissenlosigkeit in der Erlangung und Verwaltung öffentlicher Staatsämter mit seinem ganzen Einfluß bekämpfte.

Die Kunde von dem schrecklichen Verbrechen hat auch in Deutschland tiefe Entrüstung wie herzliche Theilnahme für den Präsidenten hervorgerufen. Was auch immer die Veranlassung war, welche dem Mordgefahren die Waffe gegen das Staatsoberhaupt in die Hand drückte, ob politische oder persönliche Motive dem Verbrechen zu Grunde lagen, die Freveltthat bleibt dieselbe, gleich verabscheuenswerthe und kann weder durch die eine noch durch die andere Umahme irgend welche Beschönigung oder Entschuldigung erhalten.

Sie zeigt aber auch den Verblendeten aller Nationen deutlich, daß sogenannte »freiheitliche Einrichtungen«, selbst wenn sie ihren Ausdruck in der republikanischen Staatsform gefunden haben, keine Schutzwehr gegen Frevelthat bilden, wie sie ferner dafür spricht, daß gegen

solche Verbrechen, wie sie in den monarchischen Staaten Europas verübt wurden, das Mittel der Heilung wahrlich nicht in einer grundsätzlichen Aenderung der Staatsverfassung oder in Gewährung größerer »Freiheiten« gefunden werden kann.

Der Zollanschluß Hamburgs findet in einem Artikel der liberalen Wochenschrift »Im neuen Reich« eine bemerkenswerthe Erörterung, worin das Verhalten der Liberalen im Reichstage in folgender Weise beleuchtet wird:

»Man sollte glauben, ein allgemeines Gefühl der Beschämung müßte unter all den buntgemischten Heerschaaren deutscher Politiker, die ausgezogen sind, um Hamburgs Freiheiten gegen Bismarcksche »Vergewaltigung« zu verteidigen, jetzt die Gemüther erschaffen, wenn sie einen Augenblick im Stande sind, kalten Blutes und ehrlicher Gesinnung den ganzen kläglichen Feldzug mit seiner schließlichen Niederlage zu überschauen. Aber so weit haben wir es glücklich in Deutschland mit unseren Parteigegensätzen wieder gebracht, so weit ist bereits der Niedergang des nationalen Staatsgedankens gediehen, daß dasjenige, was zur patriotischen Einkehr mahnen sollte, was als zweifelloser Gewinn der Reichseinheit und wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit von allen Freunden der vaterländischen Sache freudig begrüßt werden müßte, heute nur noch zum kümmerlichen Anlaß dient, den kleinen Groll im kleinen Herzen, abständiges Parteigezänk in dumpfem Parteiwesen weiter zu nähren. Da wird selbst von Denjenigen, denen noch ein gewisses Gefühl für die politisch-nationale Seite der Hamburger Zollanschlußfrage übrig geblieben ist, im sauersten Tone daran herumgenörgelt, wie leicht Fürst Bismarck sein Ziel mit anderen, glimpflicheren Mitteln hätte erreichen können. Er hätte sich auf die öffentliche Meinung Deutschlands stützen sollen, nicht auf seine diplomatische Kunst! Das heißt in der That, ebenso gedankenlos, wie gegen bessere Ueberzeugung darauf los reden. Das, was sich öffentliche Meinung im lieben Vaterlande nennt, und was in Wahrheit nur das thörichte Geschöpf einiger Zeitungsschreiber ist, hat wahrlich seit 1867 Zeit genug gehabt, irgend etwas gegen die erimirte Stellung der Hansestädte zu unternehmen und niemals Hand noch Fuß gerührt. Als aber der Reichskanzler selbst in seiner Weise der Angelegenheit den ersten Anstoß gab, geberdete sich mindestens die liberale öffentliche Meinung derartig sinnlos, als ständen mit dem Freihafen an der Unterelbe die heiligsten, theuersten, ehrwürdigsten Volksrechte auf dem Spiele.«

Unser Kaiser hat am Sonntag (3. Juli) Ems verlassen und sich zunächst nach Koblenz begeben, um in der Nähe seiner erkrankten hohen Gemahlin zu weilen.

Unsere Kaiserin ist zwar noch nicht ganz wiederhergestellt, befindet sich aber ersichtlich in der Besserung, so daß der gegenwärtige Zustand der hohen Kranken jede weitergehende Besorgniß auszuschließen scheint. Der »Reichs- und Staats-Anzeiger« veröffentlichte gestern folgende höchst erfreuliche Mittheilung:

»Die seit der Erkrankung Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin in Koblenz täglich eintreffenden Nachfragen der auswärtigen Höfe sowohl als auch von zahlreichen anderen fürstlichen und Privatpersonen geben einen Beweis des allgemeinen weit verbreiteten Antheils, welcher an dem Befinden Ihrer Majestät genommen wird. Dasselbe kann, obwohl bis vor Kurzem erheblichen Schwankungen unterworfen, nunmehr als ein die Aerzte befriedigendes bezeichnet werden, und darf man sich daher der Hoffnung auf einen weiteren normalen, wenn auch langsamen Verlauf der Krankheit und auf eine glückliche Genesung hingeben.«

Unser Kronprinz hatte sich am Freitag (1. Juli) zum Besuch seiner erlauchten Eltern nach Ems und Koblenz begeben. Am Dienstag (5.) verließ der Kronprinz wieder Koblenz und fuhr nach Oberhausen, wo gleichzeitig die Frau Kronprinzessin mit ihren drei jüngsten Kindern eingetroffen war. Alsdann setzte die kronprinzliche Familie gemeinschaftlich die Reise nach England fort.

Prinz Carl hat am 29. Juni den 80. Geburtstag und das 70jährige Militärdienstjubiläum gefeiert. Der Jubilar erhielt an diesem Tage zahlreiche Beweise herzlicher Theilnahme aus den weitesten Kreisen.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck hat sich zum Kurgebrauch nach Rissingen begeben.